pedocs
Open Access Erziehungswissenschaften

DIPF

Arndt, Irina; Kürzinger, Anja

Ein Vergleich bildungspolitischer Rahmeninformationen zur Schulaufnahme von geflüchteten Kindern in Baden-Württemberg

Flügel, Alexandra [Hrsg.]; Gruhn, Annika [Hrsg.]; Landrock, Irina [Hrsg.]; Lange, Jochen [Hrsg.]; Müller-Naendrup, Barbara [Hrsg.]; Wiesemann, Jutta [Hrsg.]; Büker, Petra [Hrsg.]; Rank, Astrid [Hrsg.]: Grundschulforschung meets Kindheitsforschung reloaded. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 621-626. - (Jahrbuch Grundschulforschung; 28)

Quellenangabe/ Reference:
Arndt, Irina; Kürzinger, Anja: Ein Vergleich bildungspolitischer Rahmeninformationen zur Schulaufnahme von geflüchteten Kindern in Baden-Württemberg - In: Flügel, Alexandra [Hrsg.]; Gruhn, Annika [Hrsg.]; Landrock, Irina [Hrsg.]; Lange, Jochen [Hrsg.]; Müller-Naendrup, Barbara [Hrsg.]; Wiesemann, Jutta [Hrsg.]; Büker, Petra [Hrsg.]; Rank, Astrid [Hrsg.]: Grundschulforschung meets Kindheitsforschung reloaded. Bad Heilbrunn : Verlag Julius Klinkhardt 2024, S. 621-626 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-314271 - DOI: 10.25656/01:31427; 10.35468/6111-74

https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-314271
https://doi.org/10.25656/01:31427

in Kooperation mit / in cooperation with:

k linkhardt

http://www.klinkhardt.de

Nutzungsbedingungen

Dieses Dokument steht unter folgender Creative Commons-Lizenz: http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de - Sie dürfen das Werk bzw. den Inhalt unter folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden und es darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

This document is published under following Creative Commons-License: http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.en - You may copy, distribute and transmit, adapt or exhibit the work in the public as long as you attribute the work in the manner specified by the author or licensor. You are not allowed to make commercial use of the work or its contents. You are not allowed to alter, transform, or change this work in any other way.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Irina Arndt und Anja Kürzinger

Ein Vergleich bildungspolitischer Rahmeninformationen zur Schulaufnahme von geflüchteten Kindern in Baden-Württemberg

Abstract
Die Beschulung von Grundschulkindern mit Fluchterfahrungen aus der Ukraine stellt eine organisatorische Herausforderung dar, auf die das baden-württembergische Kultusministerium mit Rahmeninformationen für Akteur:innen im Bildungssystem reagiert hat. Gleichzeitig greift seit 2017 die Verwaltungsvorschrift für neuzugewanderte Schulpflichtige. Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist ein Vergleich beider Dokumente mittels einer Dokumentenanalyse, um die Rahmenbedingungen zur Schulaufnahme von Grundschulkindern aus der Ukraine zu identifizieren. Auf Basis einer Inhaltsanalyse zeigen erste Befunde, dass Informationen über die schulische Aufnahme konkretisiert und zum Teil auch zielgruppenspezifisch geschärft wurden.

Schlüsselwörter
Geflüchtete Grundschulkinder aus der Ukraine, bildungspolitische Rahmenbedingungen, Dokumentenanalyse, Beschulung Neuzugewanderter

1 Einleitung

In der Diskussion um die in Deutschland persistenten Bildungsungleichheiten nimmt die Frage nach lernförderlicher Inklusion von Schüler:innen mit Fluchterfahrung in das Bildungssystem eine zentrale Rolle ein (vgl. Vorländer 2022, S. 56f). Für die hohe Anzahl an geflüchteten Grundschulkindern aus der Ukraine (März 2024: 132.000) ist eine der Prioritäten deren schnellstmögliche Einschulung (Mediendienst Integration 2024; SWK 2022, S. 12). Die sozialwissenschaftliche Forschung konzentriert sich zwar seit 2015 vermehrt auf die Beschulung neuzugewanderter Schüler:innen, jedoch sind bildungspolitische Rahmenbedingungen bzgl. ihrer Bildungsteilhabe, die eine Ursache von Ungleichheiten darstellen können, mit Hinblick auf „konkrete bildungspolitische Strukturen" zumeist unzureichend beforscht (Jording 2022, S. 30). Da sie das Handlungsvermögen der Einzelschulen einschränken und Entscheidungen vorstrukturieren können

doi.org/10.35468/6111-74

(vgl. Gomolla/Radtke 2002, S. 153), erfolgt im Folgenden ein Einblick in die Rahmenbedingungen zur Schulaufnahme.

2 Rahmenbedingungen zur Beschulung von neuzugewanderten Schüler:innen in Baden-Württemberg

Rahmenbedingungen zur Beschulung neuzugewanderter Schüler:innen werden grundsätzlich im Schulgesetz Baden-Württembergs (SchG) sowie in der Verwaltungsvorschrift (VwV) des Kultusministeriums (KM) über *die Grundsätze zum Unterricht für Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen* konkretisiert. Laut §72 Absatz 1 SchG besteht „Schulpflicht für Kinder […], die in Baden-Württemberg ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt" haben. Die Schulpflicht gilt auch bei Aufenthaltsgestattung bzw. Duldung und beginnt sechs Monate nach Einwanderung. In der VwV, die am 01.08.2017 in Kraft getreten ist, werden Möglichkeiten zur sprachlichen Förderung thematisiert, die die „schulische […] Integration aller Kinder" fokussiert (VwV 2017, S. 3).
Seit der Einwanderung von Geflüchteten aus der Ukraine wurde zusätzlich *die Rahmeninformation zur Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine* (RI) veröffentlicht, die größtenteils auch für „Geflüchtete aus anderen Staaten" Gültigkeit besitzt (RI 2023). Sie wurde in Form eines digitalen Nachschlagewerks, das fortlaufend aktualisiert wird, angefertigt (vgl. ebd.). Ziel ist es, Pädagog:innen aller Schulformen „Hinweise, Hilfestellungen und Unterstützungsinstrumente" für ihr professionelles Handeln anzubieten (ebd.).

3 Fragestellung

Da der Ukrainekrieg eine Krisensituation darstellt und die Anzahl der geflüchteten Schulpflichtigen aus der Ukraine zu einem Schüler:innenanstieg in Deutschland führt(e), hat das KM in Baden-Württemberg ausführliche Hinweise über die Beschulung dieser Zielgruppe zusammengetragen (vgl. Destatis 2024; RI 2023). Mit Blick auf die schulische Integration scheinen diese Schüler:innen laut einer Befragung von Vertretungen kommunaler Verwaltungen wie Jugend- und Migrationsämter eher als bildungsaffin wahrgenommen zu werden (Boll et al. 2023, S. 64), was sich ebenfalls in einem eigens durchgeführten Interview einer an der RI beteiligten Person bestätigt (vgl. Interview #2 2023, Pos. 9). Vor diesem Hintergrund zielt der vorliegende Beitrag darauf ab, die bildungspolitischen Rahmenbedingungen der Beschulung von Grundschüler:innen aus der Ukraine zu untersuchen. Die Analyse ist Teil eines Promotionsvorhabens und ist in das vom baden-württembergischen Wissenschaftsministerium finanzierte

doi.org/10.35468/6111-74

Forschungs- und Nachwuchskolleg „Heterogenität gestalten – starke Grundschulen entwickeln“ (Kürzinger et al. 2022) eingebettet. Mit dem übergeordneten Ziel, Entscheidungsprozesse der Schulaufsichtsbehörden und weiterer beteiligter Akteur:innen zur Beschulung von Grundschulkindern aus der Ukraine zu rekonstruieren, werden in einem ersten Schritt die VwV und die RI als aktuell greifende bildungspolitische Rahmenbedingungen adressiert.

4 Methodik

Der Vergleich der VwV und RI basiert auf einer qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz/Rädiker 2022) in MAXQDA, für die Kategorien in einem induktiv-deduktiven Vorgehen in Anlehnung an Decker-Ernst (2017) entwickelt wurden. Für den vorliegenden Beitrag werden Ergebnisse zur Oberkategorie „Schulaufnahme“ (Tab. 1; Decker-Ernst 2017, S. 193f.) vorgestellt, deren Unterkategorien „Gesetzgebung“ und „Schulanmeldung“ induktiv in Eigenentwicklung ausgearbeitet wurden.

Tab. 1: Schulaufnahme

Aufnahmekriterien	Definition	Ankerbeispiel
Gesetzgebung	Welche gesetzlichen Verankerungen liegen vor?	„Gemäß § 72 Absatz 1 des Schulgesetzes für Baden-Württemberg (SchG) besteht Schulpflicht für Kinder und Jugendliche, die in Baden-Württemberg ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt oder ihre Ausbildungs- oder Arbeitsstätte haben“ (VwV)
Schulanmeldung	Wie funktioniert die Schulanmeldung?	„Um die Anmeldung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen zu erleichtern und den Schulleitungen eine Basis für die Aufnahmegespräche zu bieten, stehen spezielle Aufnahmebögen (auch auf Ukrainisch und Russisch) zur Verfügung“ (RI)

5 Ergebnisdarstellung

5.1 Gesetzgebung

In beiden Dokumenten wird zunächst auf die Schulpflicht Bezug genommen. Während die VwV bei dem Wortlaut aus dem SchG bleibt, werden in der RI weitere Details ausgeführt. So wird darüber informiert, dass geflüchtete Eltern der Schüler:innen die Entscheidung zum längeren Aufenthalt in Deutschland

doi.org/10.35468/6111-74

frühzeitig durch eine Erstwohnsitzanmeldung erkennbar machen können, um die Schulpflicht zu beschleunigen. Zusätzlich wird auf die Schulberechtigung in der RI verwiesen, die aus dem Landesrecht Artikel 11 Absatz 1 vom 11. November 1953 stammt. Demnach besteht bereits vor der Schulpflicht ein Anspruch auf ein schulisches Angebot.
Ebenfalls wird in der RI erläutert, ab welchem Alter Kinder schulpflichtig sind (Stichtag 30.06.2017 für das Schuljahr 2023/24) und dass eine frühere Einschulung bei z. B. ausreichenden kognitiven Voraussetzungen möglich ist. Auch Beurlaubungen nach §4 Schulbesuchsverordnung, die Pflicht zum Masernschutznachweis laut §20 Absatz 9 des IfSG und eine Covid-19-Impfempfehlung werden erwähnt.

5.2 Schulanmeldung

Während konkrete Handlungsschritte zur Schulanmeldung neumigrierter Schulpflichtiger in der VwV nicht explizit genannt werden, widmet die RI ihr ein ganzes Kapitel (I.). Zur Erleichterung der Aufnahmegespräche wurden Anmeldebögen erstellt, die es auch in ukrainischer und russischer Ausführung gibt. Außerdem wird dargestellt, wie eine Schulanmeldung erfolgen kann, wenn nur ein bzw. kein Elternteil (Stichwort unbegleitete minderjährige Geflüchtete) oder anderweitig Sorgeberechtigte die Schüler:innen begleiten.
Zusätzlich wird die Grundschulanmeldung in der RI ausführlich erläutert, indem die grundsätzliche Schulzuteilung mit Verweis auf die Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung, (erneut) der Einschulungsstichtag, die unterschiedliche Ausgestaltung der Anmeldung je nach Einzelschule sowie (erneut) der verpflichtende Masernschutznachweis beschrieben wird.

6 Fazit

Die vorliegende erste Analyse zeigt zunächst, dass die schulische Aufnahme neumigrierter Kinder und Jugendlicher in der RI konkretisiert wurde, indem detaillierte Informationen zur Schulpflicht und Schulanmeldung zur Verfügung gestellt wurden.
In der Unterkategorie Gesetzgebung werden drei Aspekte deutlich, die in der VwV nicht explizit erwähnt werden: Erstens entsteht durch die aktive Entscheidung zur Wohnsitznahme möglicherweise der Eindruck, dass Geflüchtete tendenziell selbst entscheiden können, ob sie in Deutschland bleiben möchten. Zweitens kommt erst in der RI die Schulberechtigung zur Sprache, obwohl sie bereits vor ca. 70 Jahren in Kraft getreten ist und drittens wird auf die Option einer vorzeitigen Einschulung hingewiesen.

doi.org/10.35468/6111-74

Obwohl in den Ausführungen nicht ausdrücklich von Geflüchteten aus der Ukraine die Rede ist, deutet sich ein besonderer Fokus auf diese Zuwanderungsgruppe an: So kann lediglich diese Zielgruppe aufgrund der gesetzlichen Lage (§24 AufenthG) selbst entscheiden, ob Deutschland als gewöhnlicher Aufenthalt für sie in Frage kommt. Der Hinweis auf einen möglichen frühzeitigen Schuleintritt durch die Schulberechtigung für alle Schulpflichtigen und auf eine vorzeitige Einschulung vor Vollendung des sechsten Lebensjahres korrespondieren möglicherweise mit der Wahrnehmung von Familien aus der Ukraine als bildungsaffin.
Auch hinsichtlich der Schulanmeldung verweisen bestimmte Details darauf, speziell für Geflüchtete aus der Ukraine zu gelten. Das betrifft zum einen die Anmeldebögen, die in die Sprachen übersetzt sind, die in der Ukraine primär gesprochen werden; aber zum anderen auch der Umgang mit Schulpflichtigen, die sich nur mit einer:m Erziehungsberechtigten oder alleine an der Schule anmelden. Während die ersten beiden Konkretisierungen die spezielle Situation der Geflüchteten aus der Ukraine abzielen, stellen die sog. unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ein Phänomen aus der Migrationsbewegung 2015/16 dar (vgl. Mediendienst Integration 2024) und hätte dementsprechend schon in der VwV adressiert werden können. Grundsätzlich fällt in den hier vorgestellten Kategorien auf, dass die VwV im Vergleich zur RI spezifische Migrationsbewegungen nicht fokussiert.
Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die RI Informationen über die schulische Aufnahme konkretisiert und zum Teil auch zielgruppenspezifisch zugunsten der Ukrainer:innen geschärft hat. Inwiefern Annahmen über ethnische Bildungsaspirationen oder weitere Gründe für eine zügige Beschulung eine Rolle spielen könnten und somit Bildungsungleichheiten entstehen, soll im Rahmen des Dissertationsvorhabens aufgegriffen werden. In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nach potenziell exkludierenden Mechanismen für Neumigrierte nachgegangen.

Literatur

Boll, Christina/Birkeneder, Antonia/Castiglioni, Laura/Chabursky, Sophia/Gutt, Jannika/Gandlgruber, Monika/Kanamüller, Alexander/Langmeyer, Alexandra/Langner, Ronald/Liel, Christoph/Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/Reinhardt, Max/Schlimbach, Tabea/Van Santen, Eric/Walper, Sabine (2023): Ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Erhebungen zur Zielgruppe und zu kommunalen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen. Abschlussbericht. München: Deutsches Jugendinstitut.

Decker-Ernst, Yvonne (2017): Deutsch als Zweitsprache in Vorbereitungsklassen. Eine Bestandsaufnahme in Baden-Württemberg. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.

Gomolla, Mechthild/Radtke, Frank-Olaf (2002): Institutionelle Diskriminierung. Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften.

Jording, Judith (2022): Flucht, Migration und kommunale Schulsysteme. Bielefeld: Transcript.

doi.org/10.35468/6111-74

Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse, Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 5., Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.

Kürzinger, Anja/Schnebel, Stefanie/Immerfall, Stefan/Kansteiner, Katja/Funk, Martina/Oberdorfer, Katharina/Schmid, Susanne/Strohmaier, Bianca (2022): Die Gestaltung von Heterogenität in der Primarstufe – Grundlagen und Bedingungen für die Förderung von Grundschulkindern. In: Gläser, Eva/Poschmann, Julia/Büker, Petra/Miller, Susanne (Hrsg.): Jahrbuch Grundschulforschung, Bd. 26, S. 143-154. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.

Mediendienst Integration (2024): Flucht & Asyl. Ukrainische Flüchtlinge. URL: https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html, [Abrufdatum: 12.03.2024].

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2017): Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums über die Grundsätze zum Unterricht für Kinder und Jugendliche mit nichtdeutscher Herkunftssprache und geringen Deutschkenntnissen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. URL: https://km-bw.de/site/lfv/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/KM-Homepage/Artikelseiten%20KP-KM/Verwaltungsvorschriften/VwV_NichtdeutscheHerkunftssprache-KuU-final.pdf, [Abrufdatum: 13.03.2024].

Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg (2023): Rahmeninformationen für die Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine. URL: https://km-bw.de/,Lde/10023993#:~:text=Die%20Rahmeninformation%20liefert%20einen%20%C3%9Cberblick,und%20damit%20Handlungssicherheit%20zu%20bieten, [Abrufdatum: 13.03.2024].

Salheiser, Axel (2022): Natürliche Daten: Dokumente. In: Baur, Nina/Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 1119-1134. Wiesbaden: Springer.

Statistisches Bundesamt (2024): Pressemitteilung Nr. 101 vom 14. März 2024. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/03/PD24_101_211.html, [Abrufdatum 07.04.2024].

SWK (2022): Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) zur Unterstützung geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlicher – Integration in das Bildungssystem. Bonn: Geschäftsstelle der SWK.

Vorländer, Hans (2022): Europa und die Fluchtmigration aus der Ukraine. MIDEM Jahresstudie. Dresden: TU Dresden.

Autorinnen

Arndt, Irina, Stipendiatin im FuN-Kolleg und Akademische Mitarbeiterin an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd

Kürzinger, Anja, Dr., Juniorprofessorin für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd

doi.org/10.35468/6111-74